

Bericht an den Landrat

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission
vom: 11. August 2016
Zur Vorlage Nr.: [2016-074](#)
Titel: **Bericht zum Postulat von Julia Gosteli, Grüne Fraktion
«Aktuelle Sicherheitsdispositive im Falle eines Flugzeugabstur-
zes» (2015-013)**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

2016/074

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend den Bericht zum Postulat von Julia Gosteli, Grüne Fraktion «Aktuelle Sicherheitsdispositive im Falle eines Flugzeugabsturzes» (2015/013)

vom 11. August 2016

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat berichtet in seiner Antwort zum Postulat 2015/013 zu den verschiedenen Vorkehrungen, die der kantonale Katastrophenschutz für den Fall eines Flugzeugabsturzes ins Auge fasst. Die im Jahr 2001 erstellte Risikoanalyse gilt der Regierung weiterhin als tragfähige Grundlage, zumal sich die Starts/Landungen und das Frachtaufkommen des EuroAirports seit damals verringert haben. Weiter wird betont, dass die kantonale Gefahrenanalyse auch das Szenario eines Flugzeugabsturzes im Kanton Baselland sowie einen Massnahmenkatalog zur Bewältigung eines solchen Ereignisses umfasst. Verviesen wird zudem auf die beiden Übungen «Insieme» und «Albatros», mit denen die Bewältigung von Flugunfällen durchgespielt wurde – dabei sieht sich die Krisenorganisation insgesamt «zweckmässig vorbereitet und trainiert». «Besorgniserregende Resultate aus Übungen», wie sie die Postulantin sieht, seien nicht bekannt. Es wird aber auch nicht verschwiegen, dass man einzelne Defizite im Einsatzdispositiv zur Bewältigung einer Flugzeug-Katastrophe ausgemacht hat und nach Möglichkeit zu beheben sucht. Moniert wird im Bericht der Regierung auch, dass der Ausbildungs- und Übungsrhythmus nicht «noch mehr ausgedünnt» werden dürfe. Weitere Massnahmen zur Minimierung der Gefahren des Flugverkehrs, so heisst es weiter, würden begrüsst; dabei wird auch auf die weiteren involvierten Institutionen hingewiesen (Fluggesellschaften, Bundesamt für Zivilluftfahrt etc.).

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage am 20. Juni 2016 im Beisein von Sicherheitsdirektor Isaac Reber und Stephan Mathis, Generalsekretär SID, beraten. Marcus Müller, Leiter des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz (AMB), hat das Geschäft vorgestellt. – Die Geschäftsleitung des Landrates hat die Vorlage am 17. März 2016 an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen.

2.2. Eintreten

Die Kommission ist stillschweigend auf die Vorlage eingetreten.

2.3. Detailberatung

Im Rahmen ihrer Beratungen hat sich die Justiz- und Sicherheitskommission über eine breite Palette an Szenarien, Strukturen und Massnahmen informieren lassen, mit denen Katastrophen verschiedenster Art im Kanton Basel-Landschaft bewältigt werden sollen; sie stützen die Aussage der SID-Verantwortlichen, dass die Basis des Katastrophenschutzes stimmt. Mit einer gewissen Sorge hat man in der Kommission aber zur Kenntnis genommen, dass die kommunalen Stäbe teils nur noch knapp alimentiert werden können. Mit Blick auf die «finanzgesteuerte Mehrjahresplanung» – so eine Formulierung des Leiters des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz – wurde zudem die

Frage aufgeworfen, ob die Vorsorge nicht in unzulässiger Weise unter den Sparmassnahmen der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart leidet. Hierzu erhielt man zur Antwort, dass auch das AMB angesichts der Finanzlage des Kantons Prioritäten setzen müsse, die nach bestem Wissen und Gewissen und der Risiko-Matrix Eintretenswahrscheinlichkeit / Schadensausmass eines Ereignisses definiert werden. Mit Befremden wurde zudem zur Kenntnis genommen, dass ausgelagerte Betriebe wie das Kantonsspital nur gegen eine entsprechende Abgeltung an Übungen des Katastrophenschutzes teilnehmen. – Die Beurteilungen des AMB werden weiter und laufend aktualisiert werden müssen – die Fragen, die im Postulat aufgeworfen werden, können aber als beantwortet angesehen werden.

3. Beschluss der Justiz- und Sicherheitskommission

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beschliesst mit 11:0 Stimmen:

Das Postulat 2015/013 wird abgeschrieben.

11. August 2016 / gs

Justiz- und Sicherheitskommission

Andreas Dürr, Präsident

Beilagen

–